

**Protokoll  
über die 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 14.04.2005**

**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 20:00 Uhr  
**Ort:** Zukunftswerkstatt Schwerin e.V., Bahnhofstr. 2, 19057  
Schwerin-Warnitz (Tel. 03 85 / 2 08 45 10)

**Anwesenheit**

**Vorsitzender**

Sembritzki, Erika PDS

**1. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

**2. Stellvertreter des Vorsitzenden**

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

**ordentliche Mitglieder**

Brill, Anna PDS  
Meslien, Daniel SPD  
Nagel, Cornelia BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Woywode, Robert CDU

**stellvertretende Mitglieder**

Leppin, Patricia Unabhängige Bürger  
Marksteiner, Klaus CDU  
Schulz, Andreas PDS

**beratende Mitglieder**

Baumotte, Peter  
Pawlitzok, Heinz

**Verwaltung**

Block, Steffen  
Junghans, Hermann  
Selke, Achim

**Leitung:** Erika Sembritzki

**Schriftführer:** Katy Berend

**Festgestellte Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 17.03.2005 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Anträgen aus der StV
- 5.1. Sicherung Fortbestand der "Zukunftswerkstatt Schwerin e.V."  
Vorlage: 00531/2005
6. Sonstiges
- 6.1. Information über das Ergebnis des Vor-Ort-Termins DRK-Seniorenclub "Uns Tauhus"

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

##### Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Ihren ausdrücklichen Dank richtet sie an den Geschäftsführer und die Mitarbeiter der Zukunftswerkstatt für die Vorbereitung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Änderungen oder Ergänzungen in der vorgesehenen Tagesordnung werden nicht angemeldet.

##### Beschluss:

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 10. Sitzung vom 17.03.2005 (öffentlicher Teil)**

##### Beschluss:

Das Protokoll wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

##### Bemerkungen:

Die Verwaltung wird ihre Informationen in die Tagesordnungspunkte 4, 5.1 und 6.1 einfließen lassen, so dass keine gesonderten Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen.

##### Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen diese Mitteilung zur Kenntnis.

##### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

## zu 4 Umsetzung des SGB II

### Bemerkungen:

Der Beigeordnete, Herr Junghans, kündigt an, die Thematik weiter als ständigen Tagesordnungspunkt behandeln zu wollen. Er stellt dar, dass die Schätzungen zur Anzahl der Bedarfsgemeinschaften weit optimistischer waren, als sie sich tatsächlich darstellen. Im März 2005 gab es in Schwerin 9.773 Bedarfsgemeinschaften, die Schätzung lag bei 7.441. Im Februar waren in Schwerin auf 1.000 Einwohner 161 Empfänger von ALG II und Sozialgeld zu verzeichnen. Damit liegt Schwerin im bundesweiten Vergleich auf Platz 6.

Durch diese Entwicklung werden auch die von der Kommune geplanten Mittel für die Kosten der Unterkunft bei weitem nicht ausreichen, so dass für den städtischen Haushalt 2005 ein Defizit von bis zu 7 Mio. € erwartet wird. Herr Junghans sichert zu, dass die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen wird, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Auch der Ausschuss für Soziales und Wohnen wird sich mit Maßnahmen beschäftigen müssen, die der Gegensteuerung dienen. So sollen verstärkt Kontrollen bei den Personen erfolgen, die zuvor in einer Bedarfsgemeinschaft gelebt haben. Jungen hilfebedürftigen Volljährigen soll die Bildung eines eigenen Hausstandes in Schwerin erschwert werden. Vorrangiges Ziel bleibt jedoch die Vermittlung in Arbeit. Die in diesem Zusammenhang gestellte Frage, ob es sich bei den Arbeitsplätzen der Flamm AG um geförderte Beschäftigung oder mit Vertrag begründete Arbeitsverhältnisse handelt, wird Herr Junghans in der nächsten Sitzung beantworten.

In der ARGE Schwerin sind 900 Widersprüche zu verzeichnen. Über erhöhten Personalbedarf zur Abarbeitung liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, den Ausschussmitglieder einen Bericht zum Sachstand zur Umsetzung des SGB II zur Verfügung zu stellen, der neben den statistischen Daten auch Aussagen über den Beirat enthalten soll. Herr Junghans weist vorsorglich darauf hin, dass es sich nur um einen Zwischenbericht handeln wird, da belastbares Zahlenmaterial nach wie vor von der Bundesagentur für Arbeit nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Darüber hinaus bittet die Ausschussvorsitzende zur nächsten Sitzung um die Information, wie viele Arbeitsgelegenheiten (1-€-Jobs) von welchen Trägern bereits geschaffen wurden.

### Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis. Die Verwaltung sichert die Erstellung des Berichtes und die Beantwortung der Fragen zu.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 5 Beratung zu Anträgen aus der StV**

**zu 5.1 Sicherung Fortbestand der "Zukunftswerkstatt Schwerin e.V."  
Vorlage: 00531/2005**

**Bemerkungen:**

Der Beigeordnete, Herr Junghans, führt aus, dass innerhalb der Verwaltung Einigkeit darüber besteht, den Bestand der Zukunftswerkstatt zu sichern. Voraussetzung dafür ist, dass die Zukunftswerkstatt im Wettbewerb bestehen kann. Die Verwaltung versichert, der Zukunftswerkstatt in dem dafür notwendigen Prozess der Umorganisation mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und kündigt ein Gespräch mit dem Geschäftsführer und dem Vorstand an, in dem Vorschläge erwartet werden, wie sich die Zukunftswerkstatt im Wettbewerb positionieren will.

In der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass die Ausschussmitglieder vor einer Modifizierung der Aufgaben und Strukturen nicht über den Fortbestand der Zukunftswerkstatt entscheiden können. Sie folgen daher dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst ein Gespräch mit der Zukunftswerkstatt zu führen und erwarten in der nächsten Ausschusssitzung ein Ergebnis, auf dessen Grundlage eine Entscheidung getroffen werden kann.

**Beschluss:**

Über den Antrag wird in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 12. 5. 2005 erneut beraten, um den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit zu geben, das Ergebnis des Gespräches zwischen Verwaltung und Zukunftswerkstatt in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 6 Sonstiges**

**Bemerkungen:**

**Behindertenfahrdienst**

Herr Schulz nimmt Bezug auf die Ausführungen zum Behindertenfahrdienst in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 17. 3. 2005, wonach es zu keiner Änderung der Richtlinie des Behindertenfahrdienstes gekommen ist. Seiner Kenntnis nach wurden jedoch durch die Verwaltung die Berechtigungen eingeschränkt und die davon Betroffenen zwischenzeitlich schriftlich in Kenntnis gesetzt. Die Verwaltung begründet diesen Schritt mit der in der Vergangenheit nicht konsequenten Umsetzung der Richtlinie zum Behindertenfahrdienst und plädiert dafür, die Thematik in der nächsten Sitzung nochmals ausführlich zu behandeln.

Darüber hinaus spricht Herr Schulz sich wiederholt dafür aus, den Personen entgegenzukommen, für die das Ausüben eines Ehrenamtes durch die Limitierung erschwert wird, wobei es ihm ausdrücklich nicht um die als Stadtvertreter tätigen Personen geht.

## **Leben mit Assistenz**

Bezug nehmend auf die in der letzten Sitzung erbetene Auskunft, wie viele Anträge bereits in der Stadt Schwerin vorliegen, informiert die Verwaltung über die einzelnen Angebote der verschiedenen Träger. Mit heutigem Datum nehmen bereits insgesamt 143 Personen diese Hilfeform in Anspruch. Dafür wurden Mittel in Höhe von 1.037.000 € verauslagt. Die dazu vorliegende Übersicht wird dem Protokoll beigelegt. Darüber hinausgehende Informationen können direkt bei den Anbietern oder im Amt für Soziales und Wohnen eingeholt werden.

### **zu 6.1 Information über das Ergebnis des Vor-Ort-Termins DRK-Seniorenclub "Uns Tauhus"**

#### **Bemerkungen:**

Seitens der Verwaltung wird nochmals an die schwierigen Verhandlungen erinnert, die zwar letztlich zum Konsens im Fördermittelbereich führten, die aber auch Kürzungen in einigen Bereichen erforderlich machten, wie z. B. beim DRK-Seniorenclub "Uns Tauhus". Die nach Abschluss der Verhandlungen vom DRK geübte Kritik an der Entscheidung wurde von der Ausschussvorsitzenden, Frau Sembritzki, und dem Beigeordneten, Herr Junghans, zum Anlass genommen, sich vor Ort über die Situation zu informieren.

Dennoch bleibt es dabei - auch unter Würdigung aller Argumente der Betroffenen und der vom Träger angedrohten Schließung - die Fördersumme auf 5.000 € zu kürzen. Der Hauptgrund für diese Entscheidung ist nach Aussage der Verwaltung, dass es sich nicht um eine Seniorenbegegnungsstätte handelt, sondern um einen Seniorenclub mit 75 Mitgliedern. Die Verwaltung beabsichtigt, den Geschäftsführer des DRK und die Mitglieder der Projektgruppe Fördermittel zu einem Gespräch einzuladen, um die fachlichen Aspekte der Entscheidung zu erörtern.

Herr Meslien bestärkt die Verwaltung in ihrem Ansatz, den Konsens zu erhalten und sieht für 2006 sogar Möglichkeiten der Reduzierung. Er begründet seine Aussage mit der oftmals vorhandenen Doppelversorgung in den Stadtteilen und verweist auf die Nachbarschaftstreffs, die von Wohnungsunternehmen betrieben werden.

Frau Nagel hingegen hätte sich gewünscht, dass die Auswirkungen der vorgenommenen Kürzungen mit mehr Transparenz dargestellt worden wären. So war ihr nicht bekannt, dass beispielsweise diese Kürzung eine Schließung des Seniorenclubs zur Folge haben könnte, da auch während der Beratungen immer wieder betont wurde, dass Schließungen vermieden werden sollen.

Herr Woywode sieht die Notwendigkeit, in jedem Stadtteil eine Begegnungsstätte für Senioren vorzuhalten, schärfere Kontrolle zur Vermeidung von Doppelförderung durchzuführen und die Ortsbeiräte in die zukünftigen Diskussionen über die Fördermittelvergabe einzubeziehen.

Bezogen auf seine Kritik zur Verteilung der Fördermittel im Stadtteil Krebsförden weist die Verwaltung auf bereits geführte Gespräche der dortigen Träger hin mit dem Ziel, eine generationsübergreifende Begegnungsstätte zu schaffen. Der von Herrn Woywode unterbreitete Vorschlag, die Leiterin der Volkshochschule zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um Informationen über die dort geleistete Seniorenarbeit zu erhalten, wird seitens der Verwaltung ausdrücklich unterstützt.

Frau Leppin hält es mit Blick auf den Haushalt 2006 für erforderlich, auch einen Überblick über die Angebote in der Stadt zu erhalten, die ohne jegliche Förderung auskommen.

**Beschluss:**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis. Für die nächste Sitzung wird der Behindertenfahrdienst erneut als Tagesordnungspunkt vorgesehen. Die Teilnahme der Leiterin der Volkshochschule, Frau Schwabe, ist für eine der nächsten Sitzungen vorzumerken.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

gez. Erika Sembritzki

---

Ausschussvorsitzende

gez. Katy Berend

---

Protokollführerin